KLEINE GESCHENKE ERHALTEN DIE FEINDSCHAFT!

Posted on 18. März 2014

Von Ken Jebsen.

Lagebericht zur Ukraine vor dem Krim-Referendum am 16. März 2014

1954 machte Nikita Chruschtschow Kiew ein kleines Präsent. Er verschenke die bis dato russische Krim an die Ukraine.

Als Dankeschön. Für die großen Verdienste der Kommunistischen Partei auch in Großraum Kiew. Nikita Chruschtschow stammte selber aus der der Ukraine. Dem Donezbecken.

Zum Zeitpunkt seines Geschenkes lebte er allerdings überwiegend in Moskau. Das sparte Reisekosten. Chruschtschow war zum Parteichef der gesamtsowjetischen KPdSU aufgestiegen. Überspitzt gesagt: Er war der Putin seiner Zeit.

60 Jahre nach Chruschtschows „Geschenk" gibt es Ärger um diesen ehemaligen Teil Russlands. Die Krim. Dieser Ärger hat geopolitische bzw. vor allem geostrategische Gründe. Die Krim als ganzes ist nicht sooo wichtig. Hier geht es vor allem um den russischen Marinestützpunkt Sewastopol, für den es aus Sicht Moskaus keine Alternative gibt.

Von Sewastopol aus verteidigt Moskau sämtliche Handelsrouten im Schwarzen Meer. Diese führen durch den Bosporus Richtung Mittelmeer, aber auch in den Mittleren Osten.

Würde die Marinebasis Sewastopol verloren gehen, z.B. an die NATO und damit vor allem an die US-Navy, hätte Moskau ein gewaltiges Problem. Vielleicht vergleichbar mit dem Problem, das Hitler hatte, als es der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg gelang, die Versorgung der Wehrmacht beim Russlandfeldzug zu kappen. Dann kam der russische Winter. Wir wissen, wie die Geschichte ausging. Das Unternehmen Barabrossa war der Anfang vom Ende des Tausendjährigen Reiches.

Zurück in die Gegenwart.

Der Streit um die Krim, der sich aktuell so darstellt, als hätte er sich aus dem Konflikt in Kiew ergeben, ist kein Produkt des Zufalls. Die Zuspitzung war von Anfang an das eigentliche Ziel.

Man könnte jetzt ellenlange Theorien darüber formulieren, wem der Verlust der Krim auch dienen könnte. Aber warum?

Wenn ein klassisches Familienrestaurant in einer frisch renovierten Einkaufspassage einen neuen Mietvertrag erhält, der eine Preiserhöhung von 250% erhält, ist das die moderne Form der Kündigung. Wem könnte diese Kündigung nützen? Wer könnte dahinter stecken? Ist es möglich, dass der neue Besitzer der gesamten Einkaufspassage damit zu tun haben könnte? McDonalds?

Exakt dieses Spiel erleben wir seit Monaten in der Ukraine. Die Ukraine soll an McDonalds - die NATO - vermietet werden. Nur: Der bisherige Mieter, Moskau, hat 2010 den Krim-Hafen Sewastopol bis 2042 gepachtet. Das ist jetzt irgendwie doof. McDoof.

Was tun? Die Ukraine von außen massiv destabilisieren, auf dass es im Falle X vielleicht zu einem Bürgerkrieg kommt?

Die USA haben ganz offiziell fünf Milliarden in die Ukraine „investiert". Cash für den Staatsstreich?

Der ist bereits in Teilen realisiert. Jetzt muss nur noch die große Bombe detonieren. Wenn das passiert, sind die Bedingungen erfüllt, damit Washington der Weltöffentlichkeit über embeddete Medien verkaufen kann, dass die NATO jetzt intervenieren müsse, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Irre! Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, muss es aber eben erst zu einer humanitären Katastrophe kommen.

NATO-Politik funktioniert nur über den Hebel künstlich angeschobener Gewalt in Land X, um dann eine „Peacekeeping Operation" international durchsetzen zu können.

Sehen wir uns den Boxring Ukraine genauer an.

Rein juristisch ist der mit Gewalt verjagte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch immer noch der legitime Kopf des Landes. Zwar hat das Parlament im Anschluss seine Absetzung beschlossen, per Abstimmung, nur kam dafür nicht die erforderliche Mehrheit zusammen.

Laut ukrainischer Verfassung wäre eine Dreiviertel-Mehrheit erforderlich gewesen, um Janukowitsch legal des Amtes zu entheben. Es stimmten aber nur 72,88% für seine Absetzung.

Im ganzen Satz: Die im Anschluss ins Amt gehievte aktuelle „Übergangsregierung“ unter dem Banker Arseni Jazenjuk ist illegal. Zudem bekleidete der Mann unter Janukowitsch über Jahre hohe Ämter der ukrainischen Regierung. Jazenjuk ist also Teil des Systems, das man offiziell los werden will. Jetzt ist er Teil des Kamikaze-Kabinetts.

Dennoch wurde dieses illegle Kabinett direkt im Anschluss von den USA und der EU anerkannt. Schön, nur wird deshalb aus Unrecht noch kein Recht.

Recht haben und Recht bekommen sind bekanntermaßen zweierlei Paar Schuhe. Das gilt im Kleinen, und ganz oben in der globalen Politik sowieso.

Den Anerkennenden ist es dann auch völlig egal, dass in Kiew eine Bande von Rechtsradikalen mit in der Regierung sitzt. Z.B. die Swoboda-Partei, die sich mit der deutschen NPD bestens versteht. Man trifft sich sogar. Ganz offiziell, siehe Racebook.

Angela Merkel ist das wumpe. Sie hält die Schnauze, oder besser, drückt das rechte Auge zu, wann immer das in Washington empfohlen wird.

Aktuell, beim Rechtsruck in Kiew, und wenn es um die NSA-Affäre geht ja sowieso. Schon vergessen? Die NSA hört ja einfach weiter ab. Auch aktuell können Mutti und ihre Regierungs-Marionetten davon ausgehen, dass Washington immer mithört, wenn sie zum Hörer greifen.

Ob sich D.C. auch an den Kosten für den Handy-Vertrag der Frau Merkel beteiligt? Immerhin nutzt man die Verbindung ebenfalls...

Zurück nach Kiew.

Die Übergangs-Regierung hat keine juristische Legitimation. Nicht, wenn man sich nach der ukrainischen Verfassung richtet.

Die einzigen Politiker, die das anmahnen, sind Wladimir Putin in Moskau und Gregor Gysi in Berlin.

Während der große Rest der NATO-Heuchler so tut, als sei alles rechtens, hat die Regionalregierung auf der Krim das getan, was jeder tut, der noch alle Nadeln an der Tanne hat. Die Krim hat die unrechtmäßige und zudem rechtsradikal kontaminierte Regierung unter Arsenij Jazenjuk in Kiew nicht anerkannt. Die Bewohner der Krim haben sich an die Verfassung der Ukraine gehalten. Ob sie das im Falle des bevorstehenden Referendums auch tun, ist eine andere Frage, aber dazu später mehr.

Die Ablehnung seitens der Krim hat auch damit zu tun, dass dem größten Teil der Krim-Bewohner Angst und Bange wird, wenn sie die neuen braunen Töne aus Kiew vernehmen. Den größten Teil der Krim stellen Russen. Mehr als 50% sprechen Russisch. 25% bezeichnen sich als Ukrainer, gefolgt von der drittgrößten Gruppe, Krimtataren, die ein Achtel in der Region ausmachen.

Warum ist die Mehrheit der Krim-Bewohner russisch? Nun, angenommen, ein gebürtiger Österreicher würde in der BRD zum Bundeskanzler gewählt und im Anschluss seinem Dank dadurch Ausdruck verleihen, indem er den Teil Österreichs an Deutschland verschenken würde, in dem er geboren wurde und der direkt an Deutschland angrenzt - das Salzburger Land, dann wären auch dort die Bewohner immer noch Menschen, die sich als Österreicher verstehen würden. Jahrzehnte später wären auch jede Menge Deutsche in und um Salzburg ansässig, aber die meisten Bewohner blieben unter Garantie Österreicher. Würde die Regierung in Berlin Jahrzehnte später verkünden, Österreichisch im Salzburger Land verbieten zu lassen, und würden Teile einer „Übergangsregierung“ in Berlin des weiteren dazu auffordern, dass es jetzt an der Zeit wäre, Österreicher im Salzburger Land totzuschlagen, würden sich die dort lebenden Österreicher, auch wenn sie einen Deutschen Pass hätten, an Wien wenden.

Die Krim wendet sich also an Moskau. Denn in Kiews Regierung mit rechtsradikaler Beteiligung wurde laut über die Jagd auf Russen, aber auch Deutsche und Juden nachgedacht.

Oleg Tjagnibok, Vorsitzender der Swoboda-Partei und Mitglied der Übergangsregierung in Kiew, gab wörtlich von sich:

„Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“

Die unmittelbare und absolut nachvollziehbare Reaktion der Bewohner der Krim war: Raus aus der von Kiew illegitim regierten Ukraine. Warum nicht wieder andocken an das ursprüngliche Mutterschiff?

So wurde für diesen Sonntag, den 16. März, eine Volksabstimmung beschlossen. Im wesentlichen geht es darum:

Soll die Krim wieder Teil Russlands werden?

Oder soll die Krim zur Verfassung von 1992 zurückkehren, in der der Krim umfassende Autonomierechte zugestanden wurden?

Da sich diese Umfrage nur an die Bewohner der Krim richtet, will Kiew sich nicht an das Ergebnis binden lassen.

Warum ist klar. Wenn man in einer mehrheitlich von Russen bevölkerten Region der Ukraine die Bevölkerung fragt, ob sie raus aus einem Land wollen, dessen Regierung schon übermorgen Jagd auf sie machen könnte, ist die Antwort verständlicherweise JA.

In Kiew hat man extrem Angst vor diesem Ergebnis, und ist deshalb dazu übergegangen, das Parlament auf der Halbinsel einfach für aufgelöst zu erklären. Nach dem Motto „Augen zu, um nicht sehen zu müssen, was zu sehen ist.“

Richtig ist: Eine Abstimmung über den Verbleib der Krim in der Ukraine müsste in der gesamten Ukraine organisiert werden. Ausschließlich in der Krim durchgeführt ist sie wenig repräsentativ. Um nicht zu sagen - illegal. Schließlich werden gerade einmal 1,5 Millionen Bewohner befragt.

Nur, was wiegt das Argument „illegal“ aus Kiew kommend, das wiederum von einer illegalen Regierung angeführt wird?

Illegal x Illegal = Scheißegal?

So wird es wohl kommen. Ein Bürgerkrieg rückt in immer greifbarere Nähe.

Bürgerkriege sind das Hässlichste, was man sich vorstellen kann, wie wir u.a. aus Syrien wissen. Also Middle East. Aber auch aus Europa. Dem ehemaligen Jugoslawien.

Jugoslawien war für Deutschland eine Zäsur. Denn seit dem Balkankrieg ist die Bundeswehr wieder aktiv an Krieg beteiligt. An KRIEGEN, Plural. Und alle Jahre wieder werden es mehr Einsätze, ohne dass die alten beendet wären.

Allein in Afghanistan sind WIR DEUTSCHEN inzwischen länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen gedauert haben. Und mit welchem Ergebnis? Einem Desaster!

Aber genau DAS ist ja das ZIEL. Ein Desaster garantiert Dauerpräsenz. Wir sind gekommen, um zu bleiben. Und wenn sich ankündigt, dass WIR dabei sind, den Feind zu besiegen, unterstützen wir DIESEN Feind wieder. Denn nur, wenn der FEIND weiter existiert, haben wir ein Motiv, ebenfalls die Stellung zu halten.

Wer das inzwischen ebenfalls erkannt hat und offen ausspricht, ist der Präsident Afghanistans. Karzai. Er wirft den USA Zusammenarbeit mit den Taliban vor.

Für Kenner der Szene macht sich Karsai mit diesem Vorwurf lächerlich. Nicht WEIL er ihn getätigt hat, eher WANN er dies tat.

Ohne CIA gäbe es die Taliban gar nicht. US-Sicherheitsberater Brzezinski höchstpersönlich war „Gründungsmitglied“ dieser Gang. Im April ‘79 in Pakistan.

In der Ukraine soll ähnlich getäuscht werden. Teile das Land und herrsche über die Region. Völlig nebensächlich ist, wie du dieses Ziel erreichst.
Auch aktuell denkt der kalte Krieger Brzezinski laut über die Ukraine, Russland und dessen Präsidenten Putin nach.

Wir fassen das grob zusammen:

Die von der USA geführte NATO will alles vor den Toren Moskaus und der Russischen Föderation - nur

keinen Frieden. Ein solider Bürgerkrieg sollte mindestens drin sein, dann werden wir erleben, wie die USA in der Nachbarschaft von Kiew erst mal einen ordentlichen Militärstützpunkt errichten.

Von hier aus kann man dann jederzeit jeden Ort der Russischen Föderation erreichen, von hier aus kann man die Region Schwarzes Meer kontrollieren. Von hier aus kann man Moskau, und damit den Partnern Moskaus, die wir in Peking finden, so richtig das Leben schwer machen. Angriffsbasen, weltweit.

Das schlimmste, was der NATO in der Ukraine derzeit passieren könnte, wäre, wenn sich Ukrainer und Russen an einen Tisch setzten würden, um das zu beschließen, was beiden wirklich nützt.

Eine friedliche Lösung.

Die möglicherweise die Mitgliedschaft in der EU beinhaltet, PLUS die Mitgliedschaft in der Russischen Zollunion. Kein Entweder-Oder. Stattdessen ein Sowohl-als-auch.

Beide aktuellen Angebote von EU und Russland sehen vieles vor. Nur keine Gleichberechtigung. Keine Augenhöhe. Nicht mit der Föderation. Aber eben auch nicht mit der EU.
Es gäbe trotz EU-Beitritts keinen Euro für die Ukraine. Keine Visafreiheit. Es gäbe eine privilegierte Partnerschaft. Sklave? Ja. Aber er dürfte im Keller hausen. NÖ, sagte da Kiew vor ein paar Monaten. Kurz darauf begann es zu kriseln...

Eine Einigung, die aus beiden Angeboten das beste nehmen würde, wäre deshalb ein perfekter Deal. Für die Ukraine. Und es wäre ein akzeptabler Weg für Russland. Zähneknirschend.

Aber es wäre ein Desaster für die USA. Und exakt deshalb wird Washington alles unternehmen, damit es nicht zu einer friedlichen Einigung kommt. Krieg muss her.

Jede Regierung, die sich diesem perfiden Spiel anschließt, bei dem leicht tausende Zivilisten während der monatelangen „Befreiungskämpfe“ ermordet würden, gehört nach Den Haag. Hier handelt es sich um Kriegsverbrecher auf dem Sprungbrett zum Massaker. „Für die Freiheit!“ Die Freiheit von Global Playern, die diesen Konflikt in Auftrag gegeben haben, um im Anschluss die Ukraine wieder unter westlicher, konzerngelenkter Wirtschaftsdemokratie aufzubauen.

Und jetzt?

Sehen wir der Rest-Wahrheit ins Auge. Dass die USA als Kommunikationsmittel Krieg der Diplomatie vorziehen, ist ein alter Hut und gehört zur DNA des Imperiums USA. Erst schießen, dann fragen.

Dass die EU sich dieser Art, Politik zu machen, anschließt, kann man in Teilen auch noch verstehen. Großbritannien etwa ist ein Maulwurf in Europa. Es hat keinen Euro, und zusammen mit der NSA haben die britischen Geheimdienste via GCHQ kräftig mitgemischt, als es darum ging, vor allem die BRD auszuspionieren. 2017 will England darüber entscheiden, ob man wieder aus der EU austritt.

Im Fall Ukraine ist Polen sehr aktiv. Polen grenzt an die Ukraine und verspricht sich wirtschaftlich eine Menge von der „Übernahme" Kiews durch Washington. Polen hat sich seinerzeit breit schlagen lassen, Teil der Nato zu werden, jetzt könnte im Gegenzug die erste Rate fällig werden.

Warten wir also nicht mit Spannung auf das Abstimmungsergebnis auf der Krim - das steht quasi fest, die Krim wird zurück nach Russland wollen - warten wir auf die Reaktion der NATO.

Teile der amerikanischen Kriegsmarine kreuzen schon länger „zu Routinefahrten" im Schwarzen Meer.

Aber auch hier lehnt man sich nicht wirklich aus dem Fenster, wenn man das Kürzel NATO leicht modifiziert. NAh-TOd-Erlebnis.

Wir bewegen uns mit ganzer Kraft auf einen Krieg inmitten Europas zu. Während Gorbatschow aktuell vor einem neuen Kalten Krieg warnt, muss man der Realität ins Auge sehen.

Dieser Krieg könnte über Nacht heiß werden. Wir sehen sie schon, die deutschen Soldaten, die 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, und 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten, wieder in voller Kampfmontur Richtung Moskau marschieren.

Die Kriegsverbrecher sitzen nicht nur im Pentagon, dem Weißen Haus oder an der Wall Street, die Kriegsverbrecher finden wir auch in Berlin. Sie werden von unseren Steuergeldern bezahlt. Und mit diesen Steuergeldern steuern sie UNS.

Es wird Zeit für einen Aufstand, der diesen ganzen Vasallen-Laden aus den Angeln hebt. Wir können sehen, wohin es sich bewegt. Wir wissen aus der eigenen Geschichte, wer den Preis dafür zu bezahlen hat.

Beweisen wir, dass wir in der Lage sind, aus unserer eigenen Geschichte zu lernen. Hätten unsere Großeltern damals nicht nur wie ohnmächtig zugesehen, sondern kollektiv gehandelt, indem sie jede Beteiligung an Krieg vereitelt hätten - durch Massenboykott, Generalstreik, zivilen Ungehorsam, hätte das Massenschlachten nie stattfinden können!

Es reicht 2014 nicht, nur dagegen zu sein. Du musst auch deinen Arsch hoch bekommen. Bevor man dich oder deine Kinder wieder an der Ost-Front verheizt!

Überleg‘ dir was! Aber überlege nicht zu lange!

Die Zündschnur brennt bereits.